



VERBAND SOLOTHURNER
EINWOHNERGEMEINDEN



Herzlich willkommen

VSEG-Informationsveranstaltung STAF (SV17)

Egerkingen, 19. Februar 2019 / Gemeindesaal, Schulanlage Mühlematt



➤ **Begrüssung durch Roger Siegenthaler, Präsident VSEG**

Ziele der drei Veranstaltungen:

Ganzheitliche, unpolitische Information zur SV17-Vorlage für die Gemeinden

Die Gemeinden sind über die SV17-Vorlage im Allgemeinen und deren Auswirkungen auf die Gemeinden informiert.

➔ Es haben sich rund 210 Behördenmitglieder aus sämtlichen Kantonsteilen für diese Informationsveranstaltungen angemeldet



AGENDA

- **Referat Marcel Gehrig, Chef Kantonales Steueramt**
Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)
- **Referat Thomas Steiner, Leiter Gemeindefinanzen AGEM**
STAF (SV17) Finanzieller Ausgleich mit und unter den Gemeinden
- **Referat Thomas Blum, Geschäftsführer VSEG**
Gemeindepolitische Sicht / Sicht des VSEG zur SV17-Vorlage
- **Fragerunde**



Gemeindepolitische Sicht / VSEG-Sicht

- Ein komplexes und hochemotionales Geschäft (analog NFA).
- Es ist ein **Geschäft des Regierungsrates** und nicht der Wirtschaft oder des VSEG. Aktuell läuft der parlamentarische Prozess (FIKO, Fraktionen, Kantonsrat).
- Der VSEG hat bereits in einer frühen Phase dem Regierungsrat klar gemacht, dass diese Abstimmung nur zu gewinnen ist, wenn die Gemeinden hier aktiv miteinbezogen werden und eine volle Gegenfinanzierung erhalten (Maximalforderung).



Gemeindepolitische Sicht / VSEG-Sicht

- Die Vernehmlassung hat ein klares Bild ergeben. Rund 95% der teilnehmenden Gemeinden haben sich der VSEG-Vernehmlassung angeschlossen.
- Der Regierungsrat hat daraufhin dem VSEG ein modifiziertes Angebot unterbreitet, welches eine dynamische Rückstufung des Ausgleichsbetrages vorsieht (inkl. Beibehaltung der aktuellen Finanzierung der Sonderschulen). Die 100%-ige Gegenfinanzierung wäre im Regierungsrat wie im Kantonsrat kaum mehrheitsfähig gewesen.
- Der VSEG-Vorstand hat dieses modifizierte Angebot geprüft und hat mit **18 : 1 Stimmen** dem regierungsrätlichen Vorschlag zugestimmt.



Gemeindepolitische Sicht / VSEG-Sicht

- Heute liegt den Gemeinden ein Vorschlag vor, der eine Herausforderung darstellt, jedoch auch eine grosse Chance für alle Beteiligten bedeutet.
- Der Gemeinde-Ausgleichsvorschlag ist nach wie vor – auch wenn er nicht mehr ganz dem seinerzeitig geforderten 100 %-igen Ausgleich entspricht – **im Vergleich mit den anderen Kantonen** sehr vorteilhaft für die Gemeinden ausgehandelt.
- Für die Gemeinden ist wichtig, dass die anstehenden Veränderungen im Steuerbereich möglichst planbar sind. Aus diesen Gründen haben wir ein begleitendes Monitoring verlangt!



Gemeindepolitische Sicht / VSEG-Sicht

- Die kantonsrätliche Finanzkommission hat das Geschäft bereits behandelt. Es zeichnet sich eine leichte Veränderung – bei gleichbleibender Gesamtstrategie (13% mit flankierenden Massnahmen) gegenüber dem RR-Vorschlag ab.
- Bei den Gemeinden soll die Steuer-Autonomie ausgeweitet werden. Das heisst, dass die bisherige 3/10-Klausel (Differenz zwischen NP und JP) fallen soll. Die Gemeinden sollen in Zukunft den JP-Steuersatz nach den gemeindespezifischen Bedürfnissen anheben können. Die Unternehmen zahlen auch mit einer Erhöhung immer noch weniger Steuern als heute! Ebenso so eine gestaffelte Einführung möglich sein (2020: 16.3 % / ab 2021: 13.1 %)
- **Fazit: Sämtliche zukünftig entstehenden und nicht durch den Kanton abgedeckten Steuerertragsausfälle können mit der Anhebung des JP-Steuersatzes gedeckt werden (gemeindeeigene Steuer- und Wirtschaftspolitik)!**



Gemeindepolitische Sicht / VSEG-Sicht

- Wichtig für die Gemeinden ist, dass einerseits das Steuersubstrat möglichst gehalten werden kann und andererseits die Firmen mit ihren Arbeitsplätzen im Kanton Solothurn gesichert werden können.
- Wenn jemand glaubt, diese Vorlage betreffe nur die Standortgemeinden mit den Grosskonzernen, dann liegt er falsch. Der Kanton Solothurn und somit auch seine Gemeinden verfügen über sehr viele Betriebe im Zuliefererbereich. Wenn grössere Unternehmen den Kanton verlassen, gehen automatisch auch Arbeitsplätze bei den Zulieferern verloren.
- Verlorene Arbeitsplätze bedeutet für die Gemeinden in vielen Fällen:
Zunahme der Sozialhilfekosten



VERBAND SOLOTHURNER
EINWOHNERGEMEINDEN

 KANTON **solothurn**

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Fragerunde!